



LATVIA HUMAN DEVELOPMENT REPORT



Regelmäßig veröffentlichen die Vereinten Nationen (UN) im Rahmen ihres Entwicklungsprogramms (UNDP) Jahresberichte zur gesellschaftlichen, sozialen und politischen Lage in den baltischen Staaten. Die folgende Zusammenfassung bezieht sich auf den (englischsprachigen) Bericht der Lage in Lettland 1997.

Da sich dieser Bericht im Jahr 1997 auch besonders dem Stadt-Land-Gegensatz in Lettland widmet, möchten wir hiermit auch unsere Reihe zur Lage der ländlichen Regionen in den baltischen Staaten fortsetzen (siehe auch INFOBLATT-Hefte 2/93, 2/94, 2/95, 2/96, 1/97, 2/97).

Daten zur Entwicklung der Gesellschaft



Rasch sich verändernde Lebensumstände: Riga Mitte der 90er Jahre

Lebensstandard und Gesellschaft im Vergleich

Die Berichte liefern auch regelmäßig Vergleichsdaten mit Nachbarländern, um eine Einordnung möglich zu machen. Es wurde sogar ein spezieller "Index" entwickelt, der Faktoren wie ökonomischer Wohlstand, Lebenserwartung und Bildungsstand in konkreten Zahlen zusammenfaßt. Bereits 1995 wurde hier festgestellt, daß nicht nur dieser Index des "Lebensstandards" ständig fiel, sondern auch konkrete Themen wie wachsende Armut und Arbeitslosigkeit, sich verschlechternder Gesundheitszustand und ansteigende Kriminalitätsraten auszumachen sind. 1996, im zweiten Jahr der Untersuchungen, konzentrierte sich der Bericht auch auf Maßnahmen zur Herausbildung einer demokratischen, bürgerlichen Gesellschaft und deren Stärkung.

1997 plazierte die UNDP Lettland an 92.Stelle in der Welt. Auf der einen Seite wurden wesentliche bedrohliche Trends bestätigt, auf der anderen Seite in der Entwicklung seit 1995 auch schon Fortschritte festgestellt. Durch Anwendung strenger ökonomischer Kriterien sei die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum gelegt worden, und die Gesellschaft entwickle sich langsam hin zu einer Situation, in der dem demokratischen Rechtssystem zu mehr Geltung verholfen werde. Durch enge Zusammenarbeit mit dem Europarat und einer Assoziierung mit der EU sei eine Entwicklung hin zur EU- und NATO-Mitgliedschaft eingeleitet worden.

Drei wesentliche Bereiche untersucht der Bericht näher. Erstens ist das die wachsende sozio-ökonomische Ungleichheit, zweitens die ethnische Situation im Land und drittens die Entwicklung auf dem Lande. Dabei werden einige unausgewogene Zustände als für die Zukunft möglicherweise hinderlich festgestellt. So hätten sich die Gegensätze zwischen Arm und Reich, zwischen Stadt und Land sowie

"Human development", das ist einer der Schlüsselbegriffe der UN-Berichte zur Lage in den baltischen Staaten. Daß inzwischen 55,3% der Bevölkerung LettInnen sind, 54% Frauen, 69% in Städten wohnen und 36,8% auf einem Quadratkilometer lettischen Bodens, das mag man vielleicht auch woanders schon gelesen haben. Unter "Human development" möchte die UN aber auch vor allem die Teilnahme der Bevölkerung am wirtschaftlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben beschreiben und die Phase des Übergangs zu einer demokratischen Gesellschaft näher untersuchen. So sollen Indikatoren zum Wohlergehen der Menschen und ihrer Grundbedürfnisse geliefert und den staatlichen Entscheidungsorganen zur Verfügung gestellt werden.

zwischen Staat und Gesellschaft vergrößert. Der Staat müsse daher unausgewogene Chancen zur Nutzung individueller Möglichkeiten zu beseitigen suchen, und dabei auch Nicht-StaatsbürgerInnen einbeziehen.

Armut und Reichtum

Allein der Anteil von in Armut lebenden Menschen habe sich, auf alle osteuropäischen Staaten bezogen, in den Jahren von 1988 bis 1994 von 4% auf 32% erhöht, also von 14 Millionen auf 119 Millionen Menschen. So habe sich auch die Einkommenssituation in Lettland stark verändert und präge inzwischen vor allem den Zugang zu Gesundheitsvorsorge und Bildung und rufe eine soziale und politische Entfremdung hervor. So sei das reale Einkommen der RentnerInnen 1996 geringer als 1994 gewesen und habe bei nur 74,3% der minimalen Lebenshaltungskosten gelegen. Deren Zahl wur-



Ausländische Produkte drängen mit Macht auf den Markt: Ein Bild aus dem Jahre 1991

de 1996 auf 649.500 Menschen geschätzt (Rentenalter für Frauen 56,5 Jahre, für Männer 60). Der UNDP-Report konstatiert aber große Anstrengungen in Lettland, durch eine Sozial- und Rentenreform den Teufelskreis von hohen Sozialabgaben, hoher Arbeitslosigkeit und unzureichenden Renten möglichst zu durchbrechen. Dabei gab es einige der Übergangssituation zuzuschreibende Unzulänglichkeiten: Wer sich 1996 pensionieren ließ und kurz vorher hohe Beiträge eingezahlt hatte, bekam extrem hohe Renten bis zum 10-fachen des Durchschnitts. Dies lag daran, daß die Kalkulation der Rentenhöhe nur von der Höhe der Sozialabgaben während eines Jahres vor Renteneintritt abhängig gemacht wurde. – Auf der anderen Seite haben Angestellte früherer Staatsbetriebe Pech: Lohnzahlungen seien hier oft irregulär gelaufen und berechtigten nur zu sehr kleinen Renten.

Arbeitsleben

Auch die Neustrukturierung des Arbeitslebens war nicht einfach. Zwar habe die Regierung versucht, durch Einführung einer 37%-igen Sozialsteuer (28% zahlt der Arbeitgeber, 9% der Arbeit-

nehmer) bei den Arbeitgebern einen Sinn für soziale Verantwortung wachzurufen. Resultat könne aber auch eine Senkung der Realeinkommen sein, falls die Beschäftigten vertraglich nur einen Bruttolohn festgelegt bekommen haben. Bis zum Jahr 2001 soll das Verhältnis beinahe umgekehrt werden: Dann soll 15% vom Arbeitnehmer und 18% vom Arbeitgeber an die Staatskasse gezahlt werden. Oft sei es auch Praxis gewesen, den Lohn "in verschlossenen Briefumschlägen" zu zahlen, also gewissermaßen inoffiziell. Mit der Neueinführung einer Verknüpfung der Rentenhöhe mit der Summe gezahlter Sozialabgaben hoffe man dieses Vorgehen aber abzustellen. Dennoch sei eine zunehmende Zahl von Menschen bereit, ohne Arbeitsvertrag und Steuerabgaben zu arbeiten. Im August 1997 schätzte der staatliche lettische Sozialversicherungsfonds, daß etwa 300.000 Beschäftigten die Zahlung von Sozialabgaben verweigert werde.

Familienleben

Zusammensetzung der Haushalte, die in Lettland unter der Armutsgrenze leben: (Errechnet aus Angaben von 7524 Familien)

	<i>1.Armutsschwelle (50% eines durchschnittlichen Haushaltseinkommens, 26 Lat)</i>	<i>2.Armutsschwelle (Mindestlohn, 38 Lat)</i>	<i>3.Armutsschwelle (Existenzminimum, 52 Lat)</i>
Einzelpersonen mit einem oder mehreren Kindern	27,2%	53,7%	73,8%
Zwei Personen mit zwei Kindern	25,2%	52,2%	74,9%
Drei Personen mit einem Kind	26,2%	55,8%	77,3%
Drei Personen mit zwei Kindern	32,6%	61,8%	83,7%

Die Anzahl der Kinder im Haushalt stellt also eine erhebliche ökonomische Belastung dar. Auch Familien, in denen einer oder mehrere bereits arbeitslos gemeldet sind, fallen zu über 90% unter die 3.Armutsschwelle. Demgegenüber zeigt sich dies bei der Anzahl der RentnerInnen in einer Familie nicht so deutlich. Der UNDP-Bericht schreibt dies den allgemein niedrigen Löhnen zu, die oft das Rentenniveau kaum übersteigen. So gesehen, tragen RentnerInnen in vielen Fällen sogar erheblich zum Haushaltseinkommen bei.

Landleben als Gegensatz zur Großstadt

Bei der Beurteilung des Lebensstandards auf dem Lande muß beachtet werden, daß 35-40% des Einkommens aus selbstproduzierten Gütern besteht, also Lebensmitteln. Für den Bezirk Bauska ist dies exemplarisch untersucht worden: 84% aller Haushalte und 60% aller Erwachsenen beschäftigen sich mit

dem eigenen Anbau von Lebensmitteln. Im infrastrukturell schwachen östlichen Lettland (Latgale) sind diese Zahlen sogar noch höher. Beispiel: im Bezirk Preiļi über 95% Selbsterzeuger von Lebensmitteln. Dies stellt also einen erheblichen Puffer gegen die Auswirkungen ökonomischer Krisen dar. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft der einzige Produktionszweig, der immer noch stark rückläufig ist: Um mehr als 10% ging hier 1996 die Produktion noch einmal zurück, während nahezu alle anderen

gewählter VertreterInnen in den Landkreisen im Regierungsprogramm auf, obwohl keine einzige Partei das vorher gefordert hatte. Danach wurden die Einnahmen aus der Einkommensteuer im Verhältnis von 15:85 auf die Landkreise bzw. Städte/Ortschaften verteilt und später gar die Bauern von der Einkommensteuer ausgenommen. So wuchs, als Resultat der Steuerpolitik der Regierung, der Gegensatz zwischen Städten und ländlichen Regionen immer weiter, obwohl gleichzeitig die Verwaltungen vor Ort immer neue Aufgaben bekamen. Während der Anteil der Regionalbehörden am Staatshaushalt von 92-95 bei 24% lag, sank er den den folgenden beiden Jahren auf 18% und wird für 1998 bei 15,7% erwartet. Die Situation ist gekennzeichnet durch steigende Abführungen an die Zentralregierung bei ausbleibenden Investitionen in die ländliche Infrastruktur, das Bildungs- Gesundheits- und Sozialwesen. Es gelang nicht einmal, funktionierende regionale Zentren aufzubauen mit Ausnahme von Sēmgalen (Südlettland), wo Jelgava diese Funktion erfüllt.



*Stadtleben,
Landleben:
Unüberbrück-
bare
Gegensätze?*

Bereiche langsam wieder ansteigen. Dennoch sind immer noch 18,3% der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig und tragen zu 9% zum Bruttosozialprodukt bei. Etwa 200.000 landwirtschaftliche Betriebe sind im Zuge der Privatisierung neu geschaffen worden, die große Mehrzahl davon sehr kleine Betriebe mit durchschnittlich unter 20 Hektar und 2/3 aller Höfe unter 10 ha. Nur etwa 5-8% von allen arbeiten jedoch wirtschaftlich und effektiv. Große Höfe von über 100ha gibt es nur zu 0,2%. Auf dem Lande leben 73,8% an der bereits erwähnten 3.Armutsgrenze (in der Stadt 65,4%).



Besser sieht es in der Forstwirtschaft aus, der einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaftsbereiche ist. Es gibt viele Ortschaften, in denen die Landwirte mehr als 50% und manche sogar über 60% der erwachsenen Bevölkerung ausmachen. Gleichzeitig gibt es aber auch das Problem, daß viele Bauern Nachwuchssorgen haben. Durchschnittlich 32,3% leben allein, 22,9% sind Ehepaare ohne Kinder. 65% aller allein lebenden Bauern sind über 61 Jahre alt. Dennoch gibt es in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit auch viele Jungbauern.

Reformen zum Guten?

Dem UNDP-Bericht zufolge trugen sowohl die unvollendeten Strukturreformen der Gemeinde und Landkreise wie auch die zunehmende Konzentration der politischen Macht auf Institutionen in der Hauptstadt Riga nicht zur Verbesserung einer auch regional ausgewogeneren Entwicklung und Möglichkeiten für demokratische Teilnahme der Bevölkerung an der gesellschaftlichen Entwicklung bei. 1996 tauchten erstmals konkrete Vorschläge zur Abschaffung

Die Abschaffung der Verantwortlichkeiten von Regionalverwaltungen, die auch demokratisch gewählt sind, widerspricht nach Meinung der UNDP-Studie klar den jüngsten Beschlüssen des Europarats. Die Bevölkerung wird weiterhin in der nächsten Zeit betroffen sein von Schließungen kleinerer Schulen, Kliniken, Büchereien und Kulturzentren. Dies wird zu einem Rückgang von Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten führen und der Landflucht weiter Vorschub leisten. Zur weiteren positiven Gesellschaftsentwicklung sei nicht nur eine auf das Finanzielle konzentrierte Politik gefordert, sondern eine Entwicklung, welche die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Der UNDP-Bericht nennt auch einige Beispiele, wie eine nachhaltig positive Entwicklung der ländlichen Regionen erreicht werden könnte. Neben einer besseren Koordination und Zusammenarbeit zwischen der Staatsregierung und den regionalen Behörden könnten dies vor allem Programme zur Förderung der lokalen Wirtschaft, Infrastruktureller Entwicklung und des Tourismus, der Einführung neuer Technologien, Ausbildungsprogramme und Modernisierung

der Landwirtschaft und die Unterstützung von Eigeninitiative der ortsansässigen BewohnerInnen sein. Dies alles könnten Investitionsprogramme der öffentlichen Hand sein, besonders um solche Regionen zu unterstützen, die mehr als 15% Einkommensteuer weniger als im lettischen Durchschnitt einnehmen, mehr als 10% unter der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit liegen und/oder weniger als 12,5 EinwohnerInnen pro km² haben.

Arbeit! Arbeit! Arbeit! So heißt auch hier der Slogan. Ohne Job nichts los auch auf dem Lande. Der in

Lettland jetzt geschaffene Rat für Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Region sollte nicht nur aus PolitikerInnen und Beamten, sondern auch aus RepräsentantInnen des öffentlichen Lebens und der Nicht-Regierungsorganisationen bestehen, so die UNDP. Die Empfehlung: Die Saeima (das lettische Parlament) solle ein Politikkonzept verabschieden, in der Ziele und Methodik der Regionalentwicklung festgelegt werden.

Ob es Wirklichkeit wird?

